

Sonntag

DIE NEUE SÜDTIROLER
Tageszeitung

> Redaktion Tageszeitung am Sonntag: info@tageszeitung.it - Tel. 0471/980598



Christian Felber:
„Das Bedürfnis nach einem tiefgreifenden Wandel vom Kapital zum Menschen wächst, aber ohne Druck werden uns die Regierungen keine gerechte Welt schenken.“

Sonntagsgespräch

Gier ist der Motor

Der österreichische Publizist, Autor und Mitbegründer der Organisation des globalisierungskritischen Netzwerkes „Attac“, **Christian Felber**, über die Finanzkrise, die Mitschuld der Staaten, das Erpressungsmittel freier Finanzverkehr und warum der Kapitalismus Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit ausschließt.

Tageszeitung: Herr Felber, alle reden über die Finanzkrise, kaum einer versteht sie. Kann man es so beschreiben, dass die Finanzmanager aus den Banken gigantische Casinos gemacht haben?

Christian Felber: Nicht nur die Finanzmanager haben aus den Banken Casinos gemacht, die Regierungen haben ein globales Casino gebaut: unregulierte und unbeaufsichtigte globale Finanzmärkte. Dort erfinden die Geldjongleure ohne jede Kontrolle täglich neue „Produkte“, die das System immer instabiler machen, aber auch neue Gewinnchancen bringen.

Sind die hohen Herren der Fi-

nanz schlicht Versager oder raffgierige Bösewichte oder beides?

Sie sind der Systemlogik gefolgt. Das System verlangt Gewinne und belohnt die Gewinnmaximierung, indem das Unternehmen mit dem höchsten Gewinn sich gegen die Konkurrenz durchsetzt. Was soll man Systemgefangenen vorwerfen, die den Spielregeln folgen? Allerdings hat kaum jemand so großen Einfluss auf die Gestaltung der Spielregeln wie die Bankmanager, deshalb sind sie mehr in ihrer demokratischen als in ihrer ökonomischen Rolle verantwortlich zu machen. Als Staatsbürger haben sie total versagt, weil sie die gegenwärtigen brandgefährlichen Spiel-

regeln politisch durchgesetzt haben. Der Motor hinter diesem Verhalten war die Gier.

Kapitalisten wollen Geld verdienen, das ist ihr gutes Recht. Das Dumme ist, dass die Staaten ihnen dabei offenbar keinerlei Regeln auferlegen. Wollen oder können sie das nicht?

Dieses „gute Recht“ und der Verzicht von „Staaten“, dieses Recht zu begrenzen, hängen ursächlich zusammen. Wenn die Vermehrung des Kapitals zum obersten Ziel des Wirtschaftens wird – das ist Kapitalismus – tun Wirtschaftsakteure alles, um dieses Ziel zu erreichen, dazu gehört auch, dass sie Umweltschutzgesetze, Steuergesetze oder

eben die Finanzmarktregulierung verhindern. Aus dieser Sicht war die Umwandlung gemeinnütziger Genossenschaftsbanken in profitorientierte Aktiengesellschaften ein fataler Fehler; seither ist der Gewinn wichtiger als alles andere. Im Kapitalismus geht es um den Eigennutz, nicht um das Gemeinwohl.

Wenn die Krise die Summe eines totalen Versagens an vielen Stellen in Staat und Wirtschaft ist – kann man daraus ableiten, dass die Marktwirtschaft an sich nicht funktioniert?

Für eine gewinnende Minderheit funktioniert die Marktwirtschaft ganz gut. Sie leiden zwar an seelischer Armut und müssen sich zunehmend auch mit Bodyguards und Videokameras panzern, aber sie fühlen sich als „Sieger“. Aus einer Verteilungsperspektive ist die Marktwirtschaft ineffizient: Wir schaffen es nicht einmal, alle Menschen auf dieser Erde zu ernähren. Ökologisch hat das System total versagt, weil wir unsere Lebensgrundlagen zielstrebig zerstören. Auch psychologisch zeigt sich, dass uns materielle Konkurrenz, wo der Gewinn des einen auf Kosten des Nächsten geht und wo aller Wert mit Geld gleichgesetzt wird, nicht glücklich macht. Da das Gewinnstreben auch in strukturellem Widerspruch zur Demokratie steht, haben wir in Summe das falsche System.

Seit die Kurse in den Keller rasseln und auch die überzeugtesten

Kapitalisten sich unter staatliche Schutzschirme flüchten, hört man immer wieder: Der Kapitalismus ist am Ende. Glauben Sie das auch?

Wenn es nach den Fans des Kapitalismus geht, gar nicht. Der Staat soll brav die Banken retten, dann darf das Spiel weitergehen wie bisher. Die Frage ist, wie weit der Kapitalismus durch die aktuellen Krisen an Legitimation verliert und ob sich überzeugende Alternativen durchsetzen. Das hängt wiederum vom Engagement jeder und jedes Einzelnen ab. Ohne Druck werden uns die Regierungen keine gerechte Welt schenken.

Fortsetzung >

Fortsetzung >

Momentan überbieten sich die Staaten mit enormen Summen zur Rettung von Großbanken, die dem Steuerzahler abgeknöpft werden. Sollte man nicht die Banken besser zusammenbrechen lassen?

Das wäre noch schlimmer, weil das gesamte System kollabieren würde. Deshalb müssen wir in den sauren Apfel beißen. Doch wir sollten die Verursacher der Krise nicht gratis mit Steuergeldern retten. Der Staat sollte sich Mitspracherechte sichern, damit die geretteten Banken nicht weiterspekulieren können wie bisher; die Managergehälter müssen gedeckelt werden, zum Beispiel mit dem 20-fachen des Mindestlohnes; und die Banken sollten ihre Filialen in Steueroasen schließen müssen. Dann wäre das Geld für die Begleichung der Rettungskosten da. Große Banken sollten so weit zerschlagen werden, dass wir sie gefahrlos in den Bankrott gehen lassen können.

Es ist momentan viel von mehr Regulierung die Rede, vom Staat, der den gierigen Investmentbankern das Handwerk legen muss. Genügt das, um eine

„Wer Ja zur Globalisierung sagt, muss auch Ja zu globalen Institutionen sagen.“

neue Weltordnung zu schaffen, in der die Staaten nicht mehr von den Konzernen erpresst werden und die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner wird?

Die Staaten werden gegenwärtig von den Konzernen erpresst, weil sie sich von ihnen erpressen lassen. Das Erpressungsmittel heißt freier Kapitalverkehr – und das hat ihnen der Staat geschenkt. Die Ursache für diese Selbstentmachtung der Staaten liegt wieder im Kapitalismus: Die Kapitalbesitzer haben die Demokratie erfolgreich instrumentalisiert, die Regierungen machen, was den Konzernen nützt.

Ein Beispiel für solche Erpressungen haben wir vor der Haustür: Südtiroler Unternehmer wissen gerne auf das gelobte Land Österreich hin, wo die Unternehmensgewinne nur zu 25 Prozent besteuert werden, und drohen immer wieder mit Betriebsabwanderung. Warum traut sich gerade Österreich nicht, Vermögen angemessen zu besteuern?

Die Regierung bedient die Interessen der Reichsten. Mit denen sind sie so eng befreundet, dass sie ihnen kein Promille Vermögenssteu-



Christian Felber und der Organisator der Buchvorstellung in Lana, Hermann Egger von Ethical Banking

er zumuten wollen, nicht einmal den obersten zehn Prozent, die 67 Prozent des gesamten Vermögens in Österreich besitzen. Politisch bräuchte die Regierung keine Angst zu haben: Die breite Mehrheit der Bevölkerung würde gerechte Vermögenssteuern auf die Reichsten unterstützen, und international ist Österreich Schlusslicht, auch hier wäre nichts zu befürchten.

Eine zentrale Forderung von Ihnen lautet: globale Steuergerechtigkeit. Was bedeutet das?

Dass alle Mitglieder des demokratischen Gemeinwesens entsprechend ihrem Einkommen und Vermögen Steuern entrichten. So steht es im Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. Zuvor zahlten Adel und Klerus keine Steuern. Heute bewegen wir uns in Richtung Refeudalisierung: Die Reichsten zahlen immer weniger Steuern. Das müsste durch Gesetze und internationale Kooperationsabkommen geändert werden. Wer Ja zur Globalisierung sagt, muss auch Ja zu globalen Institutionen sagen: Eine Weltsteuerbehörde könnte den Steuerwettbewerb weltweit beenden und Steueroasen trockenlegen. Internationale Finanztransaktionen und Börsenumsätze müssten besteuert werden.

Viele hoffen, dass die Finanzkrise zu einem grundsätzlichen Umdenken führen könnte. Doch

nach dem Weltfinanzgipfel ist wieder Ernüchterung eingetreten. Was ist da schiefgelaufen?

Wenn die Brandstifter mit dem Feuerlöschen beauftragt werden, dürfen wir uns nicht wundern, wenn es langsam vorangeht und bald wieder brennt. Was es bräuchte, ist ein breiter demokratischer Prozess: Nicht 20 Regierungsoberhäupter, sondern die ganze Welt sollte an den Konferenztisch, einschließlich Vertretern der Parlamente und der Zivilgesellschaft. Wir hätten erstmals die Chance einer „globalen Dorfkonferenz“. Dafür sollten wir uns

„Große Banken sollten so weit zerschlagen werden, dass wir sie gefahrlos in den Bankrott gehen lassen können.“

organisiert einsetzen.

In Ihrem Buch „Neue Werte für die Wirtschaft“ plädieren Sie für einen dritten Weg des Wirtschaftens abseits des Kapitalismus und Kommunismus. Wie schaut der aus, und ist der realisierbar?

Das Wirtschaften sollte nicht länger auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruhen, diese Anreizstruktur belohnt gieriges, geiziges und rücksichtsloses Verhalten. Stattdessen sollten Unternehmen für sozial verantwortliches und ökologisch nachhaltiges Verhalten systematisch belohnt werden. Dazu müsste das Ziel von Unternehmen und unternehmerischem

„Die Staaten werden gegenwärtig von den Konzernen erpresst, weil sie sich von ihnen erpressen lassen. Das Erpressungsmittel heißt freier Kapitalverkehr – und das hat ihnen der Staat geschenkt.“

Erfolg neu definiert werden: das demokratische Gemeinwohl. Kapital darf nur noch ein Mittel sein, nicht mehr der Zweck. Die Umsetzungschancen für eine neue Form des Wirtschaftens steigen einerseits aufgrund der multiplen Krise des Kapitalismus; zum anderen ist dieser Vorschlag nichts „Neues“: In der freien Wirtschaft sollten dieselben Verhaltensweisen belohnt werden, die unsere Freundschaften gelingen lassen. Diese Werte – Vertrauen, gegenseitige Hilfe, Kooperation und Solidarität – sind Kernwerte aller menschlichen Kulturen.

Schließt der an Gewinn und Wachstum orientierte Kapitalismus Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit aus?

Ja. Wenn die Kapitalvermehrung das höchste Ziel ist, verlieren Mensch und Natur zwangsläufig. Regiert der Mammon, ist Gott tot. Das oberste Ziel des Wirtschaftens muss der Dienst an Mensch und Natur sein, nicht am Kapital. Sonst

gehen auf der – systemisch erzwungenen – Suche nach maximaler Rendite die Menschenwürde, das Vertrauen und die Freiheit verloren, ebenso die Gerechtigkeit. Die wertvollsten „Leistungsträger“ der Welt verdienen heute das 360.000-fache des gesetzlichen Mindestlohnes. Doch die Leistung, die Hedge-Fonds-Manager erbringen, ist gesellschaftlich gesehen gar keine: Sie vermehren das Geld der Reichen schneller als das aller anderen, damit produzieren sie soziale Ungleichheit und Instabilität. Dafür müssten sie eigentlich bestraft werden.

Bis vor Kurzem wären Sie für Ihre Vorschläge noch belächelt worden. Hört man Ihnen nach dem „11. September der Finanzwirtschaft“ eher zu?

Ich werde von wirtschaftlichen Führungskräften genauso eingeladen wie von Gemeinden, kirchlichen Gruppen, Gewerkschaften und Parteien. Seit Oktober unterrichte ich an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ich halte beinahe täglich Vorträge. Das Bedürfnis nach einem tiefgreifenden Wandel vom Kapital zum Menschen wächst.

Interview: Heinrich Schwazer

ZUR PERSON

Christian Felber, 35, wuchs in Salzburg auf und studierte Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und romanische Sprachen in Wien und Madrid. Seither lebt er als freier Publizist und zeitgenössischer Tänzer in Wien. Die letzten fünf Bücher erreichten mehrere Auflagen und erklimmen die Bestseller-Listen. Im Jahr 2000 gründete Felber mit Anderen die österreichische Organisation des globalisierungskritischen Netzwerkes „Attac“, das weltweit in 50 Ländern aktiv ist. In Meran gibt es bereits eine Regionalgruppe. Seit Herbst unterrichtet Felber an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Zum Weiterlesen: „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“, Deuticke 2006, 7. Auflage. „Neue Werte für die Wirtschaft“, 2008, 2. Auflage. Webtipps: www.christian-felber.at, www.attac.at.